



STANDPUNKT

- 2 Gesagt. Getan. Gerecht!

PORTRAIT

- 3 Artikel über Martin Dörmann in „Virtuos“

KÖLN

- 3 „Fraktion vor Ort“ am 14. Mai zur Rent

WAHLKREIS

- 4 Filmdreh mit Astronaut Alexander Gerst
- 4 Bilderausstellung im Bürgerbüro Porz
- 5 SPD-Frühjahrsempfänge

BUNDESTAG

- 6 Der gesetzliche Mindestlohn kommt
- 6 ZDF-Urteil des Bundesverfassungsgerichts
- 7 Üblicher Ablauf einer Sitzungswoche
- 8 Einbringung des Rentenpakets

KOMMUNALWAHL

- 12 Das SPD-Wahlprogramm für Köln
- 13 Die SPD-Kandidaturen für den Rat
- 13 Kandidatenteams der SPD für die Bezirksvertretungen Porz, Kalk und Innenstadt

EUROPAWAHL

- 14 Das SPD-Wahlprogramm für Europa
- 15 Der Spitzenkandidat der europäischen Sozialdemokratie: Martin Schulz
- 15 Die Kölner SPD-Kandidatin Tine Hördum

INFOS UND IMPRESSUM

- 16 Arbeitsschwerpunkte, Sitzungswochen 2014, Büros, Impressum

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 11.4.2014



Europa- und Kommunalwahlen in Köln am 25. Mai

Gesagt. Getan. Gerecht!

Mit schneller Umsetzung von SPD-Forderungen gelingt ein guter Start der Koalition

Liebe Leserinnen und Leser,

mit Grausen erinnern wir uns noch an den **Start der schwarz-gelben Koalition vor vier Jahren**. Es wurde wenig bewegt, und wenn, dann eher in die falsche Richtung. Man denke nur an den fatalen Ausstieg aus dem Atomausstieg, dessen politische Folgekosten die Energiepolitik bis heute belastet. Oder an die milliarden schweren Klientelgeschenke, wie die Steuerentlastungen für Hoteliers.

Was für ein **Kontrast**: In der Großen Koalition stehen wichtige **SPD-Forderungen** bereits heute kurz vor der Umsetzung, die Deutschland gerechter machen und wirtschaftlich nach vorne bringen: **gesetzlicher Mindestlohn, Rentenpaket, Mietpreisbremse, Frauenquote, Doppelpass, ElterngeldPlus** sowie zusätzliche finanzielle Mittel für **Infrastruktur, Kommunen, Bildung** und das **Programm „Soziale Stadt“**. Zudem können wir in diesem Jahr erstmals seit 40 Jahren einen **strukturell ausgeglichenen Bundeshaushalt** vorlegen.

Um es in einem Satz zusammenzufassen: **Die SPD regiert - und das Land bewegt sich.**

Beispiel gesetzlicher Mindestlohn: Rund 4 Millionen Menschen werden hiervon profitieren. Ab dem 1. Januar 2015 gilt der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde, damit kein Alleinerziehender, der Vollzeit arbeitet, auf zusätzliche staatliche Unterstützung angewiesen ist. Dort, wo ein anderer Mindestlohn tarifvertraglich abgesichert ist, gilt eine zweijährige Übergangsfrist. Das war von Anfang an mit den Spitzen der deutschen Gewerkschaften abgestimmt und soll deren Tarifautonomie stärken.

Vorgesehen ist zudem eine sechsmonatige Übergangsfrist für Langzeitarbeitslose, um ihnen eine bessere Jobperspektive zu geben. Wer mehr als ein Jahr nicht mehr im Berufsleben stand, hat es erfahrungsgemäß besonders schwer, eine neue Tätigkeit zu finden. Man muss dabei wissen, dass jährlich nur 170.000 Langzeitarbeitslosen der Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt gelingt.

Beispiel Rentenpaket: Lebensleistung wird zukünftig besser anerkannt. Dies gilt sowohl für die Mütterrente als auch für die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren mit 63. Zudem werden die Erwerbsminderungsrente verbessert und Reha-Budgets erhöht.



Beispiel Mietpreisbremse: Bei angespannter Marktlage wird die zulässige Miete bei Wiedervermietung auf die ortsübliche Miete plus 10 % beschränkt. Damit begegnen wir der Sorge vieler Menschen um bezahlbaren Wohnraum. Vor allem in attraktiven Ballungszentren steigen die Mieten bei Wiedervermietung derzeit überdurchschnittlich. Auch der unfairen Praxis, dass Vermieter die Kosten der von Ihnen eingeschalteten Makler auf die Wohnungssuchenden abwälzen, wird ein Riegel vorgeschoben. Künftig gilt: Wer bestellt, der bezahlt!

Beispiel Familienpolitik: Mit dem ElterngeldPlus wollen wir Eltern beim Wiedereinstieg in den Beruf unterstützen. Teilzeit arbeitende Eltern sollen länger Elterngeld beziehen. Der Partnerschaftbonus ergänzt das Elterngeld plus und er setzt Anreize, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf partnerschaftlich zu organisieren. Zudem wollen wir die Elternzeit flexibler gestalten: künftig können bis zu 24 Monate Elternzeit auf einen Zeitraum zwischen dem dritten und achten Lebensjahr des Kindes übertragen werden.,

Die Beispiele belegen: Die SPD-Minister setzten zügig Schritt für Schritt den Koalitionsvertrag um - und damit ganz viele Punkte aus unserem Wahlprogramm.

Gesagt. Getan. Gerecht!

Herzlichst

Ihr

Artikel über Martin Dörmann in der Zeitschrift „Virtuos“

Ende Januar empfing Martin Dörmann Vertreter der GEMA zu einem Interview über Kunst, Kultur und Politik in seinem Berliner Büro. Der nachfolgende Artikel für die Zeitschrift „Virtuos“ ist dabei entstanden.

„Jetzt bitte das Freitagsgesicht machen“, sagt unser Fotograf und Martin Dörmann lacht freundlich in die Kamera. Vielleicht denkt er wirklich an das bevorstehende Wochenende. „Ich muss Ihnen gleich mal meinen Terminkalender von dieser Woche ausdrucken“, sagt Dörmann, „dann sehen Sie, dass das ein ordentliches Pensum ist, das man als Politiker so leistet.“

Dörmann hat sich für die umgekehrte Reihenfolge entschieden, erst die Fotos und dann das Gespräch, die Uhr immer im Blick, der Kalender voll mit Terminen. „Nur noch drei Fotos“, ruft der Fotograf und schießt mindestens weitere 20. Der SPD-Politiker nimmt es mit Humor, schließlich ist er Rheinländer, denen liegt die gute Laune im Blut. Zumal die Karnevalszeit unmittelbar bevorsteht.

Zugewandt und heiter, mit offenem Blick, sitzt uns Martin Dörmann am runden Besprechungstisch in seinem Büro gegenüber. Rote Kissen auf schwarzen Stühlen sollen Farbe reinbringen. Auf Kommentare zur Großen Koalition hat er sich inzwischen eingestellt. Ja, er sei neugierig auf das kulturelle Leben in der Stadt, wäre da nicht immer dieser volle Terminkalender. Nur am Dienstag dieser Woche habe sich ganz unverhofft eine kleine Lücke aufgetan und die habe er sofort genutzt. Für ein Konzert von Anna Depenbusch (Fred-Jay-Preisträgerin von 2012) im Heimathafen Neukölln. „Ich habe die Sängerin über iTunes entdeckt“, verrät er uns. Am besten gefällt ihm das Duett mit Mark Forster ‚Ich und Du‘. Ursprünglich wollte er sein Berliner Büro-Team zu einem Kulturabend ins Musical von Udo Lindenberg einladen, spontan hätten sich alle für Depenbusch entschieden.

Udo Lindenberg ist bei Dörmann keine Zufallsentscheidung. Befragt nach seiner ersten LP und seinem ersten Konzert, hören wir nur diesen einen Namen. Er weiß es noch ganz genau: „Die erste geschenkte Platte ‚Daumen im Wind‘, das war 1972. Selbst gekauft habe ich mir dann 1975 ‚Keine Panik‘. Und das erste Konzert war Udo in der Sporthalle Köln.“

Ein Mal im Jahr - „das muss sein“ - verbringt Dörmann mit seiner Frau ein verlängertes Kulturwochenende in Berlin. Zuletzt waren sie im Neuen Museum. Die Museumsinsel sei für ihn die Verkörperung von Kultur schlechthin.

Befragt nach dem, was für den Kulturpolitiker Dörmann als nächstes ansteht, spricht aus ihm noch ganz der Me-

dienspezialist, der er die vergangenen Jahre für seine Fraktion war. Die Kultur hat er ab dieser Legislatur neu dazubekommen. Es fallen Stichworte wie Digitale Infrastruktur, Breitbandausbau, Frequenzdiskussion, DVB-T2. Gleichwohl sieht er das Urheberrecht als zentrales Thema, welches zugleich am komplexesten sei. Die SPD habe dazu bereits in der vergangenen Legislatur ein 12-Punkte-Papier vorgelegt und sei inhaltlich bestens vorbereitet. Jetzt werde über all diese Themen ein Raster gelegt und festgestellt, in welcher Reihenfolge und Dringlichkeit sie abgearbeitet werden müssten. Der Koalitionsvertrag biete dafür eine gute Grundlage.

Martin Dörmann versichert, dass er sich auf die Arbeit im Ausschuss freue. Zwar habe jeder seine politische Rolle, doch menschlich sei es immer ok gewesen. Und so wird er auch für die neuen Themen eintreten, der Kultur- und Medienpolitiker Dörmann, durch und durch Profi, doch spürbar Rheinländer und Mensch geblieben.



KÖLN

„Fraktion vor Ort“

Veranstaltung der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

„Das Rentenpaket“

Mittwoch, 14. Mai 2014, 18 bis 20 Uhr

Verein für Arbeit und Qualifikation,
Herbrandtstr. 10, 50825 Köln (Ehrenfeld)



Referentin: Gabriele Lösekrug-Möller

Parlamentarische Staatssekretärin im
Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Filmdreh im Europäischen Astronautenzentrum mit Alexander Gerst

In Köln trainiert der deutsche Astronaut für die Mission „Blue Dot“

Ende Februar traf sich **Martin Dörmann** im Rahmen eines Filmprojekts mit dem Astronauten **Alexander Gerst** im Europäischen Astronauten Zentrum (EAC) in Köln.



Gespräch im Sojus-Simulator

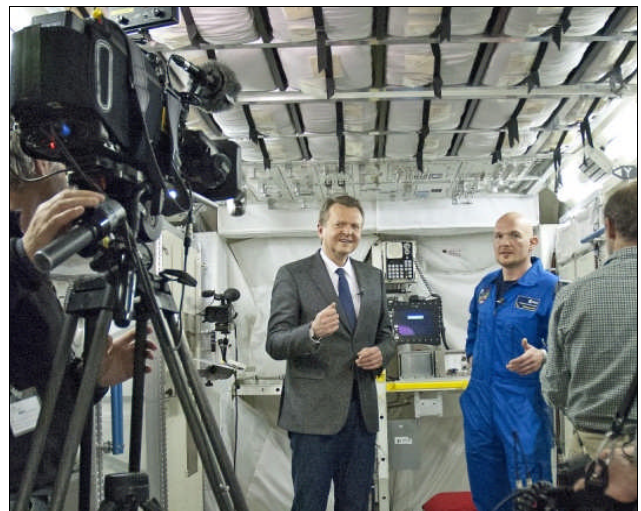
Alexander Gerst wird der elfte Deutsche im Weltall sein. Der Geophysiker und Vulkanforscher wird auf der Mission „Blue Dot“ seinen Heimatplaneten aus einem ganz anderen Blickwinkel betrachten. Der Missionsname wurde nach dem Foto „Pale Blue Dot“, das die Erde aus großer Entfernung als „blass-blauen Punkt“ zeigt, gewählt.

Am 28. Mai wird Gerst an Bord eines Sojus-Raumschiffes vom russischen Weltraumbahnhof Baikonur zur Internationalen Raumstation ISS aufbrechen. Er wäre damit nach **Thomas Reiter** und **Hans Schlegel** der dritte deutsche Astronaut auf der ISS. Unter dem Motto „Shaping the future – Zukunft gestalten“ wird er bis November 2014 an Bord der ISS die besonderen Bedingungen der Schwerelosigkeit nutzen und circa 100 spannende Experimente in 166 Tagen durchführen. Die meisten dieser im internationalen Wettbewerb ausgewählten Projekte stammen aus deutschen Forschungseinrichtungen.

Wer wäre besser geeignet, den Kollegen im Bundes-

tag über die Mission „Blue Dot“ zu berichten, als die Abgeordneten selbst. Das Motto des Filmprojekts lautet: „Create your own space story“. Ihre persönlichen Erfahrungen, Begegnungen und Erkenntnisse, die sie im Rahmen der „Blue Dot“-Mission mit dem Astronauten und der Raumfahrtforschung haben, werden filmisch dokumentiert. Gerne übernahm Martin Dörmann hierbei den Part, Alexander Gerst in Köln zu interviewen. So wurde ihm vom Astronauten die Vorbereitung einer solchen Mission erläutert und die Schwerpunkte der Forschung an Bord des deutschen Columbus Labors dargestellt.

„Ich freue mich schon darauf, Alexander Gerst nach Beendigung seiner Mission erneut bei mir im Wahlkreis begrüßen zu dürfen, wo er über seine spannenden Erfahrungen auf der ISS informieren wird“, so Martin Dörmann.



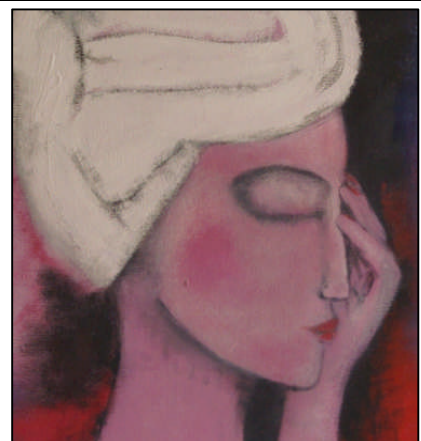
Interview im Columbus Mockup, einem begehbaren Modell eines Teilstücks der ISS im Maßstab 1:1

Bilderausstellung im Bürgerbüro Porz

Eröffnung im Rahmen des Frühjahrsempfangs

Wie es bereits gute Tradition geworden ist, fand auch im März wieder ein Frühjahrsempfang der Porzer SPD-Abgeordneten **Martin Dörmann MdB** und **Jochen Ott MdL** mit einer Ausstellungseröffnung statt. In den Räumlichkeiten des gemeinsamen Bürgerbüros in Porz sind bis zum Herbst Bilder der Porzer Künstlerin **Katarzyna Okon** aus.

Die gebürtige Polin lebt und arbeitet seit 2001 in Porz-Grengel. 2005 gründete sie das kunstpädagogische Atelier „BürgerKunstForum“ im dortigen Jugend- und Gemeinschaftszentrum. Sie absolvierte eine Ausbildung zur Kunstpädagogin. Im Bürgerbüro stellt sie nun ihre Werke „BILDEROHNETITEL“ in Acryl aus. Die Motive zeigen hauptsächlich Frauen aus verschiedenen Blickwinkeln, von abstrakt bis erotisch.



Andrea Nahles überzeugte durch engagierten Einsatz für den Mindestlohn

Der traditionelle Frühjahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Porz/Poll im Bezirksrathaus Ende März fand auch in diesem Jahr wieder große Beachtung. Zu Beginn des Abends konnte Stadtbezirksvorsitzender **Ingo Jureck** zahlreiche Gäste begrüßen, darunter viele Betriebsräte und Vereinsvertreter.



Vorstellung des Kandidatenteams

Im Anschluss an eine kurze, heitere Rede der Vorsitzenden der Porzer JUSOS **Juliane Peisker** bot sich den Kandidatinnen und Kandidaten aus den Porzer Ratswahlkreisen **Monika Möller**, **Frank Schneider**, **Jochen Ott**, **Elfi Scho-Antwerpes** und **Christian Joisten**, moderiert durch Europawahlkandidatin **Tine Hørdum** und dem SPD-Bezirksbürgermeisterkandidaten **Ulf Florian**, die Möglichkeit, sich selbst und ihre politischen Ziele vorzustellen.

Als Hauptrednerin des Abends spannte Ministerin **Andrea Nahles** einen weiten Bogen von Themen aus ihrem Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Das von ihr erarbeitete Rentenpaket solle nun zügig umgesetzt werden. Sowohl die Mütterrente als auch die Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren seien gerecht und „eine Anerkennung für Erziehungsleistungen sowie harte und gute Arbeit“, machte die Bundesministerien deutlich. Aber auch Jugendliche und junge Erwachsene bräuchten Reformen und Perspektiven. Das „Projekt zweite Chance“ soll sinnvolle und umfassende Hilfe zur Orientierung auf dem Arbeitsmarkt bieten.



Martin Dörmann moderierte die Talkrunde

Ein besonderes Anliegen ist der Ministerin offenkundig der flächendeckende, gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro. Nahles machte engagiert deutlich, dass es keine Branchenausnahmen geben werde, aber Azubis und Ehrenamtliche in den Vereinen nicht unter die Regelungen fallen würden: „Wir wol-

len keinem Schüler erschweren, sich durch Prospektverteilung ein Taschengeld hinzu zu verdienen.“



In einer von **Martin Dörmann** moderierten Talkrunde stellten sich schließlich Andrea Nahles, der Landtagsabgeordnete Jochen Ott sowie der Vorsitzende der SPD-Fraktion in Porz, Christian Joisten, den Fragen der Gäste.

Einer fasste seine Eindrücke schließlich wie folgt zusammen: „Politisch bin ich ja eigentlich ein Schwarzer – persönlich haben Sie mich aber heute voll überzeugt, Frau Nahles!“



Für Porz und Europa: Ulf Florian und Tine Hørdum

SPD-Frühjahrsempfang Rath/Heumar

Auch zum traditionellen Frühjahrsempfang des SPD-Ortsvereins Rath/Heumar kamen wieder zahlreiche Vereinsvertreter und Mandatsträger, darunter Hauptredner **Martin Börschel** (2.v.r.).



Gesetzlicher Mindestlohn kommt

Das Bundeskabinett hat Anfang April das sogenannte „Tarifpaket“ beschlossen. Herzstück des Gesetzesentwurfs, der voraussichtlich ab Juni im Bundestag beraten wird, ist die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns. Mit weiteren Neuregelungen soll außerdem die Tarifautonomie gestärkt werden.

Der Gesetzesentwurf sieht zum Mindestlohn folgende Regelungen vor: Ab dem 1. Januar 2015 sollen alle volljährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen gesetzlichen Anspruch auf einen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde erhalten. In einer Übergangszeit bis Ende 2016 sind vorübergehend tarifvertragliche Abweichungen auf der Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes möglich.

Ab dem 1. Januar 2017 gilt der gesetzliche Mindestlohn flächendeckend. Danach wird die Höhe des Mindestlohns regelmäßig von einer Kommission der Tarifpartner überprüft und gegebenenfalls verbindlich angepasst. Ausnahmen gelten für Langzeitarbeitslose, für ehrenamtliche Tätigkeiten, für Ausbildungsverhältnisse, für bis zu sechswöchige Praktika vor oder während der Ausbildung und Jugendliche unter 18 Jahren.

Plenarrede zu Fluglärm



Am 3. April hielt **Martin Dörmann** im Bundestag als zuständiger Berichterstatter der SPD-Fraktion eine Rede zur Thema Nachtflugregelung am neuen Flughafen Berlin Brandenburg.

Die Rede ist auf seiner **Homepage** sowie als Video auf **bundestag.de** abrufbar.

ZDF-Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Am 25. März erging das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zur Normenkontrollklage gegen den bestehenden ZDF Staatsvertrag. Dabei werden klare Grenzen für die Beteiligung staatlicher Vertreter/innen in den ZDF-Gremien gezogen, die keinen bestimmenden Einfluss auf das Programm haben dürfen. Das Urteil betont zugleich die besondere Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für die Vielfaltssicherung und stärkt damit dessen Bedeutung für die Meinungspluralität in Deutschland. Das Gebot der Staatsferne sei dabei nicht als Abwesenheit, sondern vielmehr als eine besondere Form der Verantwortung des Staates für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu verstehen, so das BVerfG in seiner Urteilsbegründung.

Nach der spektakulären Ablösung von **Nikolaus Breder** als ZDF-Chefredakteur hatten die SPD-geführten Ländern Rheinland-Pfalz und Hamburg 2010 mit der Zielsetzung geklagt, eine stärkere Staatsferne in den ZDF-Aufsichtsgremien zu erreichen. Das Bundesverfassungsgericht erklärte nun mehrere Regelungen des ZDF-Staatsvertrags für nicht mit dem Grundgesetz vereinbar.

Mit dem Urteil wird einerseits die Beteiligung staatlicher Vertreter in den Gremien grundsätzlich als zulässig und sinnvoll anerkannt, hierfür aber gleichzeitig eine klare Drittelgrenze eingezogen, um einen bestimmenden staatlichen Einfluss auszuschließen. Zugleich betont das Gericht den besonderen Funktionsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Eine staatsferne und transparente Aufsicht des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sei notwendig, wenn dessen demokratiestützende Funktion eines unabhängigen und kritischen Rundfunks auch langfristig gewahrt bleiben soll.

Für die SPD-Bundestagsfraktion begrüßte **Martin Dörmann** als deren kultur- und medienpolitischer Sprecher die Entscheidung des Verfassungsgerichts. Er hatte die Klage von Anfang an aktiv unterstützt: „Dieses wichtige Urteil stärkt die Unabhängigkeit und die allgemeine Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Das Urteil muss Anlass sein, auch die Zusammensetzung der Gremien in den anderen öffentlich-rechtlichen Sendern zu überprüfen und – wo nötig – entsprechend den Vorgaben des Gerichts anzupassen.“

Üblicher Ablauf einer Berliner Sitzungswoche von Martin Dörmann

Etwa die Hälfte eines Jahres verbringt ein Bundestagsabgeordneter in Berlin. Doch wie gestalten sich eigentlich die einzelnen Wochentage? Wir dokumentieren nachfolgend eine typische Sitzungswoche von Martin Dörmann, meist mit Terminen von 8 bis nach 21 Uhr.



Sonntag

Vorbereitung der Sitzungswoche: Unterlagen lesen, Texte erstellen, eMails bearbeiten

Montag

8:35 Flug Köln-Berlin; 10:00 Beirat Bundesnetzagentur; 12:00 SPD-Medienkommission oder 12:30 Koalitionsrunde Kultur und Medien mit Staatsministerin Grütters (BKM) im Kanzleramt; 13:45 Obleuterunde KuM; 14:15 Referentenrunde; 15:00 Bürobesprechung; 17:00 SPD-Fraktionsvorstand; 19:00-21:30 SPD-Landesgruppe NRW



Dienstag

8:00 Koordinierungsrunde der SPD-Sprecher im Bereich Kultur, Medien, Innen, Recht; 9:15 Arbeitsgruppe Verkehr und digitale Infrastruktur; 11:00 AG Kultur und Medien; 12:30 SPD-Sprecherrunde; 13:30 AG Digitale Agenda; 15:00 SPD-Fraktionssitzung; 19:00-21:30 Abendtermin (z.B. Parlamentarischer Abend, Podiumsdiskussion)

Mittwoch

8:00 Sitzungsvorbereitung; 9:30 Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur; 12:30 Gesprächstermin; 14:00 Ausschuss für Kultur und Medien; ggf. zeitweise Ausschuss Digitale Agenda; 17:00 Büro; 19:00-21:30 Abendtermin oder Diktat Plenarrede



Donnerstag

8:00 Gesprächstermin; 9:00 Plenum (Parlamentsdebatten); 13:00 Fachgespräch; 15:00-19:00 Plenum (ggf. Rede), Gesprächstermine und Büroarbeit 19:00-21:30 Abendtermin

Freitag

8:00 Gesprächstermin; 9:00 Plenum (Parlamentsdebatten); 12:00 Verwaltungsrat Deutsche Welle; 14:00 Bürobesprechung; 16:00 Flug Berlin-Köln; 18:00-20:30 Diskussionsveranstaltung in Köln

Samstag/Sonntag

Wahlkreistermine, Büroarbeit





Ein starkes Team: die SPD-Bundestagsfraktion am Rande ihrer Klausurtagung im März

Einbringung des Rentenpakets im Bundestag

Lebensleistung soll besser anerkannt werden

Anfang April hat der Bundestag in 1. Lesung das Rentenpaket diskutiert. Damit beginnt die parlamentarische Beratung des Regierungsentwurfes eines Gesetzes zur Leistungsverbesserung in der gesetzlichen Rentenversicherung (Drs.18/909) – so der eigentliche Titel des Gesetzes.

Die Regierung hatte den Gesetzentwurf bereits im Januar im Kabinett beschlossen. Es ist das erste große Gesetzesvorhaben der Großen Koalition. Die „klare Botschaft heißt: Wir halten Wort“, sagt Bundessozialministerin **Andrea Nahles** (SPD). Mit dem Rentenpaket werde die Lebensleistung von Menschen in unserem Land besser anerkannt. So steht es im Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU und so will es die SPD-Bundestagsfraktion auch umsetzen. Das Gesetz soll zum 1. Juli 2014 in Kraft treten.

„Das Rentenpaket kommt bei den Menschen an. Nichts wird verschenkt, sondern die Menschen haben es sich verdient“, stellt Nahles in der Debatte klar. So sieht es laut Umfragen auch die Mehrheit der Bevölkerung. Auch die jungen Menschen „finden es gut, was wir für ihre Mütter und Väter tun“, sagt Andrea Nahles. Denn der Wohlstand unseres Landes habe etwas mit Solidarität zwischen jung und alt zu tun. Wer Kinder erzogen habe, habe seinen Beitrag zum Generationenvertrag geleistet und wer 45 Jahre gearbeitet und Beiträge an die Rentenkasse gezahlt habe, habe seine Pflicht gegenüber dem Generationenvertrag erfüllt. Dass die Rente ab 63 für eine Frühverrentungswelle genutzt werden kann, will Andrea Nahles verhindern. Dafür sucht sie einen Weg, der verfassungskonform ist.

Mit dem Rentenpaket würden Gerechtigkeitslücken in der Rente geschlossen, sagt SPD-Fraktionsvizein **Carola Reimann**. Dabei habe die SPD-Bundestagsfraktion sowohl die Zukunft mit der demografischen Entwicklung als auch die Anerkennung der Lebensleistung der älteren Generation im Blick. „Beides gehört für uns zusammen und ist kein Widerspruch“, erklärt Reimann. Demografiebedingt würde z. B. der Bedarf an Reha-Maßnahmen steigen, damit die Menschen möglichst lange gesund am Erwerbsleben teilnehmen könnten. Denn es gelte der Grundsatz: „Reha vor Rente“, so Reimann. Die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, **Katja Mast**, verwies darauf, dass es notwendig sei, künftig flexible und am Lebenslauf orientierte Übergänge in die Rente zu schaffen.

Nach 45 Beitragsjahren früher abschlagsfrei in Rente gehen

Wer als Arbeitnehmerin, Arbeitnehmer oder Selbstständiger früh angefangen hat zu arbeiten und mindestens 45 Jahre Beiträge an unser solidarisches, gesetzliches Rentensystem geleistet hat, soll früher abschlagsfrei in Rente gehen können. Zunächst werden rund 200.000 Menschen pro Jahr davon profitieren, darunter ca. 50.000 Frauen.

Zu den 45 Beitragsjahren sollen auch Zeiten der Kindererziehung und der Pflege von Angehörigen, der Wehr- und Zivildienst sowie Zeiten der Arbeitslosigkeit (Arbeitslosengeld I) zählen. Ebenso eingerechnet werden Zeiten, in denen Krankengeld, Übergangsgeld, Leistungen bei beruflicher Weiterbildung, Kurzarbeiter-, Schlechtwetter- und Winter-

ausfallgeld sowie Insolvenzgeld bezogen wurden. Es werden damit nur Zeiten anerkannt, in denen die Leistungen bezogen wurden, für die die Beschäftigten zuvor Beiträge gezahlt haben und die nicht aus Steuermitteln finanziert wurden. Somit werden Zeiten der Dauerarbeitslosigkeit und des Bezugs von bedürftigkeitsorientierten Leistungen (früher Arbeitslosen- und Sozialhilfe, heute Arbeitslosengeld II) nicht berücksichtigt.

Nach Inkrafttreten des Gesetzes ab 1. Juli dieses Jahres können alle abschlagsfrei in Rente gehen, die bislang keine Rente beziehen, 45 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben und 63 Jahre oder älter sind. Ab dem Geburtsjahr 1953 wird das Eintrittsalter jeweils um zwei Monate angehoben. Wer 1964 oder später geboren ist, kann frühestens mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen. Diese Anhebung erfolgt parallel zur Erhöhung des regulären Renteneintrittsalters auf 67 Jahre.

Kindererziehung stärker berücksichtigen

Die SPD-Bundestagsfraktion will, dass die Erziehung von Kindern, die vor 1992 geboren wurden, bei der Rente besser anerkannt wird. Bisher bekommen deren Mütter oder Väter nur ein Jahr als Erziehungszeit pro Kind angerechnet. Für die Geburtsjahrgänge ab 1992 werden jedoch drei Jahre Erziehungszeit pro Kind bei der Rente berücksichtigt. Das ist ungerecht, denn als die Kinder der früheren Jahrgänge klein waren, gab es zumindest in Westdeutschland weniger Betreuungsmöglichkeiten. Zudem war die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weitaus schwieriger und häufig gar nicht machbar. Deshalb sollen Mütter oder Väter von Kindern, die vor 1992 geboren wurden, ab 1. Juli 2014 zwei Jahre Erziehungszeit pro Kind angerechnet bekommen. Diese sog. „Mütterrente“ macht maximal 28,61 Euro zusätzlich pro Monat und pro Kind im Westen aus. Für den Osten werden 26,39 Euro angerechnet.

Zudem gilt: Die „Mütterrente“ muss nicht beantragt werden. Bei allen Müttern oder Vätern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden und die bereits Rente beziehen, wird der zusätzliche Rentenanspruch in Höhe eines Entgeltpunktes pauschal in einem automatisierten Verfahren berücksichtigt. Eine Neuberechnung der Rente ist nicht notwendig. Bei allen Anspruchsberechtigten, die noch keine Rente erhalten, erfolgt die Berechnung bei der Beantragung der Rente. Bereits 2014 werden rund 9,5 Millionen Mütter oder Väter von der „Mütterrente“ profitieren.

Erwerbsminderungsrente verbessern

Personen, die aus gesundheitlichen Gründen oder wegen Unfallfolgen nicht mehr arbeitsfähig sind, erhalten eine Erwerbsminderungsrente. Bisher wird sie so berechnet, als hätte der oder die Betroffene bis zum vollendeten 60. Lebensjahr weiter gearbeitet und dabei den Durchschnitt der bis dahin erworbenen Rentenansprüche erzielt. Dies wird als Zurechnungszeit bezeichnet. Da die Erwerbsminderungsrenten in den vergangenen Jahren kontinuier-

lich gesunken sind, will die SPD-Bundestagsfraktion die Leistung verbessern, denn die Betroffenen sind auf die Solidarität der Versicherungsgemeinschaft angewiesen. Deshalb wird die Zurechnungszeit um zwei Jahre verlängert. Das bedeutet, dass ab 1. Juli 2014 bei allen, die künftig arbeitsunfähig sind, so gerechnet wird, als hätten sie bis zum vollendeten 62. Lebensjahr gearbeitet. Das macht rund fünf Prozent mehr bei der Erwerbsminderungsrente aus.

Erhöhung des Budgets für die Rehabilitation

Die gesetzliche Rentenversicherung erbringt für ihre Versicherten, wenn es notwendig ist, Leistungen zur medizinischen und beruflichen Rehabilitation. Jeder Versicherte in der gesetzlichen Rentenversicherung hat unter bestimmten versicherungsrechtlichen Voraussetzungen Anspruch auf Leistungen der Rehabilitation gegenüber seinem zuständigen Rentenversicherungsträger, wenn seine Erwerbsfähigkeit aus gesundheitlichen Gründen gefährdet ist. Dafür verfügen die Rentenversicherungsträger über einen begrenzten Geldbetrag – das sog. Reha-Budget. Die Begrenzung ist notwendig, damit diese Ausgaben nicht aus dem Ruder laufen und der Beitragssatz der gesetzlichen Rentenversicherung nicht steigen muss.

Die Erhöhung des Reha-Budgets ist unter anderem durch die demografische Entwicklung notwendig. So erhalten die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung Planungssicherheit über die notwendigen Leistungen zur Rehabilitation für ihre Versicherten.

Zunächst werden die Kosten für das Rentenpaket aus Beitragsmitteln und Rücklagen der gesetzlichen Rentenversicherung finanziert. Dazu hält die Koalition die Beitragssätze stabil. Zudem wird es ab 2019 einen weiteren Bundeszuschuss aus Steuermitteln geben.



Ostheim-Schülergruppe im Reichstag

Mit rund 120 Schüler/innen des Heinrich-Heine-Gymnasiums aus Köln-Ostheim diskutierte **Martin Dörmann** im Reichstag über die Parlamentsarbeit und aktuelle Themen wie den Mindestlohn. Er und die begleitenden Lehrer zeigten sich anschließend begeistert vom Engagement der Gruppe: „Das hat richtig Spaß gemacht.“

Das SPD-Wahlprogramm für Köln: „EIN Köln für ALLE“

Am 25. Mai sind Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen. Das Wahlprogramm der KölnSPD unter dem Titel „EIN Köln für ALLE“ wurde von zahlreichen Mitgliedern der KölnSPD erarbeitet, anschließend gemeinsam mit Kölner Bürgerinnen und Bürgern auf öffentlichen Veranstaltungen diskutiert und dann auf dem Parteitag am 15. Februar 2014 einstimmig verabschiedet. Nachfolgend dokumentieren wir einige Auszüge.



Präambel

EIN Köln für ALLE

Köln verändert sich – wir sind in den vergangenen Jahren wieder eine junge Stadt geworden. Immer mehr Menschen kommen in unsere Stadt und wollen hier leben und arbeiten. Die Menschen, die in Köln leben und die, die nach Köln kommen, erwarten eine Stadt der Vielfalt, eine Stadt mit attraktiven Bildungsangeboten, einer florierenden Wirtschaft, mit guten beruflichen Perspektiven und bezahlbarem, gutem Wohnraum. Für die kommenden Jahre erwarten wir einen enormen Zuwachs unserer Stadtbevölkerung – bis zu 100.000 Menschen werden zusätzlich nach Köln kommen. Wir können nicht warten, bis diese Menschen da sind – wir müssen Vorsorge treffen. Daher haben wir bereits begonnen, unsere Stadt auf die großen Veränderungen vorzubereiten.

Vor fünf Jahren haben wir die Mehrheit im Rat mit unserem Oberbürgermeister Jürgen Roters zurückgewinnen können. Seit dem haben wir gemeinsam viel erreicht. Einige Beispiele, die den Erfolg dokumentieren:

Wir konnten erfolgreich neue, große Unternehmen in der Stadt ansiedeln und somit viele hochwertige Arbeitsplätze schaffen – die Wirtschaft brummt!

Wir haben 14.500 neue Wohnungen geschaffen. Wir haben Köln in den vergangenen fünf Jahren wieder zu einer sozial gerechteren Stadt gemacht. Bei der Betreuung für unsere Kleinsten sind wir Nr. 1 in NRW, wir investieren in hohem Maße in unsere Schullandschaft und bauen diese zukunftsgerecht um. Wir haben in unsere Infrastruktur investiert - egal ob Verkehr oder Schulen. Wir haben den KölnPass erhalten und den KölnTag eingeführt!

Wir dürfen und wir werden hierbei nicht stehen bleiben. Die KölnSPD wird weiter dafür sorgen, dass es in Köln gerecht zugeht, dass Köln attraktiv, zukunftsfähig und für alle bezahlbar bleibt!

Entscheidend hierfür wird es in den kommenden Jahren sein, den angespannten Wohnungsmarkt in unserer Stadt zu entlasten. Damit das gelingen kann, benötigen wir dringend neue Wohnungen - nur so kriegen wir die Preise in unserer Stadt in den Griff. Die Erneuerung des Wohnbestandes darf nicht dazu führen, dass viele Menschen nach Jahrzehnten ihre Veedel aufgeben müssen. Wir werden in Zukunft Wohnraum für Ältere, die auch weiterhin mittendrin bleiben wollen, und auch für junge Menschen schaffen, die beispielsweise als Studenten oder junge Familien in unsere Stadt kommen. Wir werden den Ausbau der Betreuung weiter vorantreiben, damit Familie und Beruf vereinbar werden!

Wir wollen sichere und saubere Veedel, damit sich alle in Köln wohlfühlen!

Nur, wenn wir unsere Quartiere, unsere Veedel, als Heimat vor der Haustüre begreifen, wenn wir die Begriffe Wohnen, Bildung, Infrastruktur, Mobilität und Arbeit gemeinsam denken, schaffen wir es unsere Stadt zukunftsfest zu gestalten. Dabei wollen wir auf Impulse der Kölnerinnen und Kölner achten, zuhören und die Menschen bei großen Vorhaben mitnehmen, statt sie zu bevormunden!

Mit dem vorliegenden Wahlprogramm machen wir allen Kölnerinnen und Kölnern ein breites Angebot, denn wir wollen für Sie und mit Ihnen ein Köln für ALLE gestalten.

Bei den Wahlen am 25. Mai 2014 geht es um Köln – wir kennen unsere Stadt.

Weitere Auszüge:

KölnSPD für Chancengleichheit

Für ein gesundes Aufwachsen brauchen Kinder starke und selbstbewusste Eltern. Die KölnSPD wird dafür sorgen, dass Eltern weiterhin so früh wie möglich und so umfassend wie nötig bei ihrer Erziehungsaufgabe unterstützt werden. Grundlage ist dabei eine partnerschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Trotz angespannter Haushaltslage wollen wir die frühen Hilfen durch die verbesserte Kooperation von Jugendhilfe und Gesundheitsfürsorge weiter ausbauen. Mit unserem Programm „Kinder willkommen“ (KIWI) wollen wir alle Eltern in Köln erreichen. Unser Ziel ist ein aktiver und umfassender Kinderschutz in unserer Stadt, für alle Kinder, unabhängig von Herkunft und sozialer Lage. [...]

Gute Arbeit für Köln

Die Schaffung „guter Arbeit“ ist eine Kernforderung der SPD. Gute Arbeit ist gut bezahlte Arbeit, sichere Arbeit und Arbeit in gutem Betriebsklima. Gute Arbeit erhöht die Arbeitszufriedenheit und vermindert das Risiko, durch Arbeit psychisch krank zu werden. Die KölnSPD wird in allen ihr zugänglichen Feldern auf die Schaffung „guter Arbeit“ hinwirken.

Wir werden uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass der Trend zu prekären Beschäftigungsverhältnissen gebrochen wird und Arbeitsbedingungen und Arbeitsverhältnisse so gestaltet werden, dass sie einer sozialdemokratischen Beschäftigungspolitik entsprechen. [...]

Für lebenswerte Veedel

Zur Metropole Köln gehören urbane Quartiere in zentraler Lage ebenso wie Wohnviertel in den Stadtbezirken oder auch eher dörfliche Siedlungen in Randlagen. Diese Vielfalt bietet den Menschen Gelegenheit, ihre individuellen Präferenzen für ein Wohnumfeld zu verwirklichen. Die KölnSPD wird die gewachsene Eigenart der Kölner Veedel, die sich aus ihrer räumlichen Lage, ihrer Geschichte, ihrem Mix an Wohnen, Gewerbe, Freizeit ergibt, bewahren und die notwendigen Entwicklungen vorsichtig betreiben.

Vielfalt darf aber nicht als Argument gelten, Trends zur Segregation und zur Aufspaltung in reiche, gepflegte und arme, vernachlässigte Stadtquartiere hinzunehmen. Alle Stadtviertel in Köln haben Anspruch auf gleichwertige Lebensbedingungen. Das bedeutet nicht Uniformität, sondern die Anerkennung von gleichen Qualitätsstandards für alle Veedel. Aus diesem Grund werden wir weiterhin alles daransetzen, festgestellte Benachteiligungen in der Stadlandschaft abzubauen. [...]

Für Lebensqualität pur

Alle Befragungen der letzten Jahre, die Zahl der Neuzuzüge und auch die Beliebtheit bei Studierenden machen es deutlich: die Menschen leben gerne in Köln. Köln ist eine bunte, quirlige und attraktive Metropole und rühmt sich seiner Toleranz und Herzlichkeit.

Das allein ist nicht genug. Politik muss die Grundlage für Lebensqualität schaffen. Sie muss dafür Sorge tragen, dass möglichst viele unterschiedliche Menschen, Jung und Alt, Singles und Familien, Menschen unterschiedlicher Vorerfahrungen, Bildungsgrade, sozialer Verhältnisse oder sexueller Orientierungen sich in ihrer Stadt wohl und sicher fühlen können. [...]

Für nachhaltige Finanzpolitik mit Augenmaß

Diesen Kurs haben wir bereits in dem für 2013/2014 beschlossenen Haushalt festgeschrieben und damit drei wesentliche Ziele verfolgt; die auch weiterhin zu den Kernforderungen unserer Finanzpolitik zählen: Wir wollen sozial gerecht sparen, trotzdem in Zukunftsfähigkeit investieren und dabei die Neuverschuldung schrittweise senken.

Unter diesem Leitsatz werden wir auch zukünftig alle wichtigen Kernthemen sozialdemokratischer Programmatik in konkrete Stadtpolitik umsetzen. Dabei gehören Angebote für Bildung und Betreuung, der Erhalt der Infrastruktur, Integration und die soziale Balance zu unseren sozialdemokratischen Schwerpunktbereichen. [...]



→ Das komplette **Kommunalwahlprogramm der KölnSPD** ist abrufbar unter:

<http://koelnspd.de/kommunalwahl-2014/kommunalwahlprogramm-2014-bis-2020/>

Die SPD-Kandidaturen für den Rat der Stadt Köln

Am 25. Mai werden in Köln für sechs Jahre der Rat der Stadt Köln sowie die 9 Bezirksvertretungen gewählt. Eine OB-Wahl findet hier nicht statt, da die Amtszeit von **Jürgen Roters** erst 2015 endet.

Für die 45 Ratswahlbezirke hat die SPD nachfolgende Direktkandidatinnen und Direktkandidaten nominiert:

Wahlbezirk	Stadteile	Kandidat/in
1	Altstadt-Süd I	Karl-Heinz Walter
2	Neustadt-Süd I	Waltraud Blümcke
3	Altstadt-Süd II, Neustadt-Süd II	Marco Malavasi
4	Altstadt-Nord I, Neustadt Nord I	Ulrike Volland-Dörmann
5	Altstadt Nord II, Neustadt-Nord II	Martin Börschel*
6	Altstadt Süd III, Deutz	Dietmar Ciesla-Baier
7	Poll, Westhoven, Ensen	Frank Schneider*
8	Gremberghoven, Eil, Porz I, Finkenbergl	Monika Möller*
9	Urbach, Elsdorf, Grengel	Jochen Ott
10	Wahnheide, Wahn, Lind, Libur	Christian Joisten
11	Porz II, Zündorf, Langel	Lutz Tempel*
12	Bayenthal, Marienburg, Raderthal, Rodenkirchen I	Gonca Mucuk*
13	Raderberg, Zollstock	Rafael Struwe
14	Rodenkirchen II, Weiß, Sürth,	Elke Bussmann
15	Rondorf, Hahnwald, Godorf, Immendorf, Meschenich	Mike Homann
16	Klettenberg, Sülz I	Wilfried Becker
17	Sülz II	Dr. Eva Bürgermeister*
18	Lindenthal I	Prof. Klaus Schäfer
19	Lindenthal II, Braunsfeld, Müngersdorf I	Barbara Albat
20	Müngersdorf II, Junkersdorf, Weiden I	Klaus Sterzel
21	Weiden II, Lövenich, Widdersdorf	Lisa Steinmann
22	Ehrenfeld I, Neuehrenfeld I	Cornelia Schmerbach*
23	Ehrenfeld II, Neuehrenfeld II	Andreas Pöttgen
24	Ehrenfeld III, Bickendorf I, Ossendorf	Peter Kron*
25	Bickendorf II, Vogelsang, Bocklemünd/Mengenich	Monika Schultes*
26	Seeberg, Heimersdorf	Dagmar Paffen*
27	Volkhoven/Weiler, Chorweiler, Blumenberg	Malik Karaman
28	Lindweiler, Pesch, Esch/Auweiler	David Krahenfeld
29	Merkenich, Fühlingen, Roggendorf/Th., Worringen	Jürgen Kircher
30	Niehl I, Longerich	Ulrich Müller
31	Mauenheim, Bilderstöckchen	Jörg van Geffen*
32	Nippes I	Dr. Walter Schulz*
33	Nippes II, Riehl, Niehl II	Dr. Ralf Heinen*
34	Niehl III, Weidenpesch	Erika Oedingen
35	Mülheim I, Buchforst, Buchheim	Polina Frebel*
36	Mülheim II	Michael Frenzel
37	Mülheim III, Stammheim, Flittard	Inge Halberstadt-Kausch*
38	Dünnwald, Höhenhaus	Franz Philippi
39	Dellbrück	Horst Noack*
40	Holweide	Sven Kaske
41	Brück, Rath/Heumar	Marco Pagano
42	Humboldt/Gremberg I, Kalk	Michael Paetzold*
43	Humboldt/Gremberg II, Vingst	Susana dos Santos H.*
44	Höhenberg, Merheim	Gerrit Krupp
45	Ostheim, Neubrück	Oliver Kreams

Ratswahlkreise, die im Gebiet des Bundestagswahlkreises Porz, Kalk, nördliche Innenstadt liegen, sind fett gedruckt und farbig hinterlegt. Kandidatinnen und Kandidaten, die heute bereits Ratsmitglieder sind, wurden mit einem * gekennzeichnet

Die Reserveliste der Kölner SPD

Eine Hälfte des Rates setzt sich aus den Direktmandaten zusammen, die andere ergibt sich aus der Gesamtstärke der Parteien und deren Reserveliste.

Spitzenkandidaten der SPD für die Ratsliste sind Fraktionschef **Martin Börschel** auf Platz 1, Bürgermeisterin **Elfi Scho-Antwerpes** auf 2 und Parteivorsitzender **Jochen Ott** auf 3.

Auf den weiteren Plätzen folgen: 4 Susana dos Santos Herrmann, 5 Ralf Heinen, 6 Gonca Mucuk, 7 Klaus Schäfer, 8 Dr. Eva Bürgermeister, 9 Cornelia Schmerbach, 10 Ulli Volland-Dörmann, 11 Monika Möller, 12 Dagmar Paffen, 13 Michael Frenzel, 14 Polina Frebel, 15 Dr. Walter Schulz, 16 Inge Halberstadt-Kausch, 17 Wilfried Becker, 18 Walla Blümcke, 19 Peter Kron, 20 Barbara Albat, 21 Rafael Struwe, 22 Monika Schultes, 23 Marco Malavasi, 24 Lisa Steinmann, 25 Malik Karaman, 26 Elke Busmann, 27 Oliver Krems, 28 Erika Odingen, 29 Mike Homann, 30 Christian Joisten, 31 Franz Phiippi, 32 Frank Schneider, 33 Horst Noack, 34 Gerrit Krupp, 35 Karl-Heinz Walter, 36 Markus Sterzl, 37 Jürgen Kircher, 38 Jorg van Geffen, 39 Dietmar Ciesla-Baier, 40 Andreas Pöttgen, 41 Marco Pagano, 42 Sven Kaske, 43 Michael Paetzold, 44 David Krahenfeld, 45 Ulrich Müller, 46 Gabriele Hammelrath

Die SPD-Kandidatenteams für die Bezirksvertretungen Innenstadt, Porz, Kalk

Für die Bezirksvertretungen in den drei Stadtbezirken, die im Bundestagswahlkreis liegen (Innenstadt, Porz und Kalk) hat die SPD die nachfolgenden Kandidatenteams aufgestellt. Spitzenkandidaten für das Amt des/der Bezirksbürgermeister/in sind **Regina Börschel**, **Ulf Florian** und **Markus Thiele**.



Ulf Florian
Porz



Regina Börschel
Innenstadt



Markus Thiele
Kalk

Innenstadt (Stadtbezirk 1): 1 Regina Börschel, 2 Tim Cremer, 3 Elke von Netzer, 4 Ernst Zweil, 5 Martin Henseler, 6 Jürgen Hufen, 7 Claudia Jansen, 8 Reinhard Köker, 9 Stephan Köker, 10 David Hartung, 11 Dominik Sack, 12 Ute von Netzer, 13 Gencer Caglayan, 14 Jan Weber, 15 Greta Schroers, 16 Navid Nandinian, 17 Melissa Beyel, 18 Marcel Lippert, 19 Reiner Herrmann.

Porz (Stadtbezirk 7): 1 Ulf Florian, 2 Christian Joisten, 3 Simon Bujanowski, 4 Jürgen Auth, 5 Andreas Weidner, 6 Tom Korte, 7 Nils Berner, 8 Jutta Komorowski, 9 Andrea Brühl, 10 Marion Tillmann, 11 Lutz Tempel, 12 Christoph Weitzel, 13 Ralf Horn, 14 Ilse Becker, 15 Moritz Metzen, 16 Nikolai Dahlmans, 17 Annette Gebbert, 18 Friedhelm Lenz, 19 Lukas Lorenz, 20 Karl-Heinz Pepke, 21 Juliane Peisker, 22 Rudi Werner, 23 Monika Möller.

Kalk (Stadtbezirk 8): 1 Markus Thiele, 2 Kerstin Schmedemann, 3 Marco Pagano, 4 Wolfgang Schneider, 5 Claudia Greven-Thürmer, 6 Markus Klein, 7 Jörg Grahl, 8 Christian Robyns, 9 Marcel Hagedorn, 10 Solin Ahmad, 11 Gero Karaschweski, 12 Inge Kurtenbach, 13 Frank Heinz, 14 Hajo Koch, 15 Gaby Moorbach, 16 Elisabeth Murawski, 17 Oliver Krems, 18 Susanna Dos Santos-Herman, 19 Gerrit Krupp, 20 Michael Peatzold.

Das SPD-Wahlprogramm: „Europa eine neue Richtung geben“

Bei der Europawahl am 25. Mai können die Bürgerinnen und Bürger erstmals mitentscheiden, wer künftig Präsident der Europäischen Kommission sein wird, also europäischer Regierungschef. Nachfolgend einige Auszüge aus dem Wahlprogramm der SPD:

Europa ist das größte Zivilisationsprojekt des 20. Jahrhunderts. Seine Idee ist verbunden mit der Idee der Aufklärung und der Emanzipation. Europa hatte und hat das Ziel, das friedliche und demokratische Miteinander der Menschen auf unserem Kontinent zu sichern, indem es auf die Ideen von Freiheit, Gleichheit und Solidarität aufbaut. Doch diese Idee droht unkenntlich zu werden. Deshalb muss sich etwas ändern in Europa!

Vertrauen in die europäische Idee zurück gewinnen.

Es ist einfach und gefährlich zugleich, das europäische Projekt abzuschreiben oder schlecht zu reden. Die Europäische Union dagegen zu verstehen und ihre Mängel und Fehler zu bekämpfen, ist anstrengend – aber jede Mühe wert. Europa muss und kann anders sein. Es kann unser Europa sein.

Ein Europa der Bürgerinnen und Bürger – nicht der Banken und Spekulanten

Wir wollen, dass Europa die treibende Kraft für eine neue Ordnung der Finanzmärkte ist, die diese auf ihre dienende Funktion gegenüber der Gesellschaft und der realen Wirtschaft zurückführt. Daran, ob dies Europa gelingt, wird sich wesentlich mitentscheiden, ob unser europäisches Modell einer sozialen Marktwirtschaft auch in Zukunft Bestand haben wird. Wir müssen den Primat der Politik gegenüber den Finanzmärkten wieder zurückgewinnen.

Ein Europa der Vielfalt – nicht des Zentralismus

Die Vielfalt der Kulturen und Sprachen, der Städte, Kommunen und Regionen ist Teil des kulturellen Reichtums unseres Kontinents und zeichnet Europa aus. Diese Vielfalt ist eine Stärke. Wir wollen deshalb ein Europa, das Vielfalt respektiert und, wo immer möglich, fördert.

Ein Europa der Demokratie – nicht der Bürokratie

Wir wollen, dass ein „Europa der Parlamente“, mit einer engen Zusammenarbeit zwischen einem gestärkten europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten, das Gegengewicht zur Regierungszusammenarbeit darstellt.

Ein Europa der Steuergerechtigkeit – nicht der Verantwortungslosigkeit

Steuern finanzieren die öffentliche Daseinsvorsorge und öffentlichen Zukunftsinvestitionen und sind damit die Grundlage für soziale Gerechtigkeit. Über

1 Millionen € gehen EU-weit der Allgemeinheit, also den Bürgerinnen und Bürgern, jährlich allein aufgrund von Steuerbetrug und Steuervermeidung verloren. Fehlende Einnahmen bedeuten fehlende öffentliche Investitionen.

Ein Europa für gute Arbeit – nicht der Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit, besonders unter Jugendlichen, hat in etlichen europäischen Ländern dramatische Höhen erreicht. Zum Teil ist mehr als jeder zweite Jugendliche ohne Job. Wir dürfen diese jungen Menschen nicht im Stich lassen! Die Zukunft unseres Kontinents hängt davon ab, dass die nächste Generation die Chance auf Bildung, eine qualifizierte Ausbildung und gute Jobs hat. Wir wollen deshalb einen Rettungsschirm für Europas Jugend!

Ein Europa der Gerechtigkeit – nicht der Chancenlosigkeit

Die soziale Marktwirtschaft ist unser Leitbild für die EU. Das soziale Europa ist kein Gegensatz zu wirtschaftlicher Dynamik. Im Gegenteil: Es ist die Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Genauso wie sie die Voraussetzung für die Hoffnungen und Entfaltung eines jeden einzelnen ist.

Ein Europa des Aufbruchs – nicht des Stillstandes

Europa darf sich in der ökonomischen Krise nicht vor falschen Alternativen stehen lassen. Es geht um Wachstum durch Zukunftsinvestitionen und einer konjunkturorientierte Haushalts- und Konsolidierungspolitik. Beides muss geleistet werden.

Ein Europa des Friedens und der Offenheit – nicht der Konfrontation und der Abschottung

Europa ist eine erfolgreiche Friedensgemeinschaft. Dafür wurde die europäische Union zurecht mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Wir wollen, dass Europa seine Erfahrungen der inneren Friedensstiftung auch in die internationalen Beziehungen einbringt und aktiv zum Aufbau einer friedlichen und gerechten Ordnung der Welt beiträgt.

Eine europäische Zukunft kommt nicht von allein.

Europa neu denken.



Der Spitzenkandidat der europäischen Sozialdemokratie: Martin Schulz

Martin Schulz ist der Spitzenkandidat der deutschen und europäischen Sozialdemokratie für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission.



Werdegang

Am 20. Dezember 1955 wurde Martin Schulz in Helrath/Eschweiler geboren.

Martin Schulz ist gelernter Buchhändler und war lange bei verschiedenen Verlagen und Buchhandlungen tätig, bis er im Jahre 1982 eine eigene Sortiments- und Verlagsbuchhandlung in Würselen gründete.

Im Jahre 1974 trat Schulz im Alter von 19 Jahren in die SPD ein, engagierte sich bei den Jusos und wurde 1984 in den Würselener Stadtrat gewählt. 1987 wurde Schulz dort Bürgermeister.

Bei der Europawahl 1994 wurde Schulz ins Europäische Parlament gewählt und war zwischen 2000 und 2004 Vorsitzender der deutschen SPD-Landesgruppe. Seit dem 2009 ist er Europa-Beauftragter im Präsidium der SPD. 2012 wurde Schulz zum Präsidenten des Europaparlaments gewählt.

Beruf

- gelernter Buchhändler

Politik

- Seit 2012: Präsident des Europaparlaments
- Seit 1994: Mitglied des Europäischen Parlaments
- 1989-1999: Bürgermeister der Stadt Würselen
- Seit 1974: Mitglied der SPD. Funktionen bei den Jungsozialisten, im Ortsverein und im Stadtverband Würselen

Homepages

- www.martin-schulz.eu
- www.spd.de

Die Kölner SPD-Kandidatin für das EU-Parlament: Tine Hørdum



Werdegang

Am 31. Juli 1983 wurde **Tine Hørdum** in Köln geboren.

Ihr großes Interesse an Sprachen hat dazu geführt, dass sie nach der Schule eine Ausbildung zur kaufmännischen Assistentin für Fremdsprachen gemacht

hat. Während der Ausbildung fing sie an, sich immer mehr für gesellschaftspolitische Zusammenhänge zu interessieren und studierte deshalb Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Fernuniversität Hagen. In dieser Zeit trat sie in die SPD ein und engagierte sich bei den Kölner Jusos, die sie 2009 zur ersten weiblichen Vorsitzenden wählten. Heute ist sie stellvertretende Vorsitzende der KölnSPD.

Beruf

- Seit 2012: Referentin für Grundsatzangelegenheiten der kommunalen Daseinsvorsorge Stadtwerke Köln GmbH

Politik

- Seit 2012: Beisitzerin im Landesvorstand der NRW SPD
- Seit 2011: Stellvertretende Vorsitzende der KölnSPD
- 2009-2011: Vorsitzende der Jusos Köln

Homepage

- www.tinehoerdum.eu

Aufgabenschwerpunkte

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I
- Arbeitsschwerpunkte: Digitale Infrastruktur, Medien, Kultur, Luftverkehr

Funktionen und Mitgliedschaften im Bundestag (18. WP)

- Kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
- Stellv. Mitglied im Ausschuss Digitale Agenda
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied im Verwaltungsrat der Deutschen Welle
- Mitglied im Vorstand der SPD-Medienkommission

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Besucheradresse:

Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340
Tel.: 030 / 227 734 18
Fax: 030 / 227 763 48
martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam

Stefan Stader (Büroleiter),
Dr. Matthias Dahlke

Öffnungszeiten

Sitzungswochen
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarbeiterteam von Martin Dörmann

Tim Cremer (Büroleiter),
Nadesha Klugiewicz,
Ralf Steinmeier (Webmaster)

Öffnungszeiten

Mo. bis Do.: 9 bis 17 Uhr
Fr.: 9 bis 13 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02
Frank.heinz@landtag.nrw.de

Mitarbeiter von Stephan Gatter

Frank Heinz

Öffnungszeiten

Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr
Di., Do.: 14 bis 17 Uhr
Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79
koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiter

Benedikt Dettling

Öffnungszeiten

Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 14 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2014

Sitzungswochen sind die 3., 5., 7., 8., 11., 12., 14., 15., 19., 21., 23., 26., 27., 37., 39., 41., 42., 45., 46., 48., 49., und 51. KW. Eine Übersicht ist abrufbar unter: www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich),
Dr. Matthias Dahlke, Nadesha Klugiewicz, Stefan Stader

BILDNACHWEIS

Bildagenten @Mario Ziegler: S. 3 o.; Lösekrug-Möller: S. 3 u.; DLR/ESA: S. 4 m.,o.; Katarzyna Okon: S. 4 u.; Bundestag: S. 6; Marco Urban: S. 7; Patrykwitt.de: S. 8; KölnSPD: S. 11; Fabian Stütz: S. 14 u.l.; spd.de: S. 14 u.r.; Sonstige: Büro Dörmann

ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint etwa sechsmal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins)

FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

FACEBOOK

www.facebook.com/martin.doermann

HOMEPAGE

www.martin-doermann.de

